

## Auszug - Antrag der Piraten-Ratsfraktion betr. "Walderhalt Oberer Habichtsweg"

(Notiz für Aktenmappe)



### Ratsinfo

Startseite  
Aktenmappe  
abmelden

### Stammdaten

Rat  
Verwaltungsausschuss  
Ausschüsse  
Ortsräte  
Aufsichtsräte, etc.  
Sonstige Gremien  
Fraktionen/Gruppen  
Organisationseinheiten

### Sitzungen

Sitzungskalender  
eingeladen  
Übersicht  
Mitarbeit

### Vorlagen

offen  
Übersicht

### Recherche

Textrecherche  
Sitzungsteilnehmer  
Geburtstagsliste

### Haushaltssicherungskonzept

Ratsbeschluss 9.6.2010

### Personalentwicklungskonzept

PEK-2013

### Haushalt 2013/2014

Haushalt 2013/2014  
Tabelle  
Tabelle-Investitionen  
Abkürzungen  
Abkürzungsverzeichnis

### Haushalt 2015

Hh.planentwurf\_2015  
Excel-Tabelle  
IVP-26-9-14

### Haushalt 2016

Hh.planentwurf\_2016  
Excel-Tabelle  
IVP-25-09-15

### Beteiligungsberichte

Beteiligungsbericht 2011  
Beteiligungsbericht 2012  
Beteiligungsbericht 2013

### Controllingreport

Stichtag: 31.07.2014  
Stichtag: 31.12.2014  
Stichtag: 31.08.2015  
Stichtag: 31.12.2015

### RBK (Stand: 06/2016)

Ewige-Liste-Stand-06-2016

### Links

**TO**

40. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt  
Göttingen

Wortprotokoll  
Abstimmungsergebnis  
Beschluss

**TOP:** Ö 19

**Gremium:** Rat **Beschlussart:** abgelehnt

**Datum:** Fr, 17.06.2016 **Status:** öffentlich/nichtöffentlich

**Zeit:** 16:05 - 21:05 **Anlass:** Ordentliche Sitzung

Piraten/0049/16

**BE**

Antrag der  
Piraten-  
Ratsfraktion  
betr.  
"Walderhalt  
Oberer  
Habichtsweg"

**Status:** öffentlich **Vorlage-Art:** Beschlussvorlage/sonstige  
Vorlage

**Federführend:** Piraten-  
Ratsfraktion

Ratsvorsitzende Frau Bank teilt mit, dass der Verwaltungsausschuss  
empfohen habe, über diesen Antrag direkt zu beschließen.

Im Anschluss stellt Ratsherr Ramaswamy namens der Piraten-Ratsfraktion  
folgenden Antrag:

Beschlussvorschlag:

1.) Die Fläche 2.1.1 „Oberer Habichtsweg Nord“ wird aus der Kategorie  
„Wohnbaufläche für FNP“ herausgenommen und als „nicht geeignet“  
klassifiziert. Es handelt sich um eine Fläche von 0,6 ha mit Potential für 14  
WE (Reihenhäuser).

2.) Die Fläche 2.1.2 „Oberer Habichtsweg Süd“ soll weiterhin als „nicht  
geeignet“ klassifiziert bleiben. Es handelt sich um eine Fläche von 1,9 ha  
mit dem Potential für 50 WE (Einfamilienhäuser, Reihenhäuser).

3.) Beide Flächen sollen weiterhin im Landschaftschutzgebiet verbleiben.“

In der Begründung weist Ratsherr Ramaswamy u.a. darauf hin, dass die  
Verwaltung in den Bürgerforen u.a. mitgeteilt habe, dass für den Bau von  
Wohnungen rd. 80 ha Fläche benötigt würden. Einige der von den Bürgern  
als kritisch betrachteten Flächen wurden anschließend aus den  
Bedarfsflächen herausgenommen. Bei weiteren Flächen habe die  
Verwaltung zugesagt, dass eine Berücksichtigung für die Bebauung nicht  
vorgesehen sei.

Zu Beginn des Jahres sei allerdings im Rat mehrheitlich beschlossen  
worden, die Flächen von 80 ha auf rd. 122 ha zu erhöhen. Andere Flächen  
wurden anschließend selbstständig von der Verwaltung vergrößert und  
bisher als ungeeignet klassifizierte Flächen mit hinzugezogen. Das  
Argument, dass man Wohnraum dringend benötige, mag berechtigt sein  
und könne auch mitgetragen werden. Nicht zu unterstützen sei jedoch,  
dass die Flächen für Einfamilienhäuser dann doch auf den maximal

Virtuelles Rathaus  
Mitarbeiter/innen  
Stadtrecht  
Stadtplan  
Statistik (GOESIS)



möglichen Wert hochgesetzt worden seien.

Die am Habichtsweg geplanten 14 Wohneinheiten (Einfamilien-, Reihenhäuser) werden nach Auffassung des Ratscherrn Ramaswamy sicherlich keinen Einfluss auf Miethöhen haben, wie es die Verwaltung bisher in ihrer Argumentation betont habe.

Hier sollen wertvolle, sich im Landschaftsschutzgebiet befindliche Flächen geopfert werden, die dann nur wenigen Menschen nutzen.

Ratscherr Henze teilt mit, dass die SPD-Ratsfraktion den Antrag ablehnen werde.

In den genannten Bürgerforen habe die Verwaltung sämtliche Flächen vorgestellt, die sie in einem Flächenpool berücksichtigt habe.

Aufgrund aktueller Entwicklungen - u.a durch die Flüchtlingssituation - habe man mehrheitlich im Bauausschuss beschlossen, den bisherigen Bedarf von 80 ha Flächen auf 122 ha zu erhöhen. Je größer der Pool der aufzunehmenden Flächen werde, desto eher werde man in die Lage versetzt, darauf zu reagieren, dass man bei bestimmten Flächen das Eigentum nicht erwerben könne oder z.B. Vorhaben im Wohnungsbau aus den unterschiedlichsten Gründen an bestimmten Standorten nicht realisierbar seien.

Einzelne Flächen nun hier raus nehmen zu wollen, schade hier sehr und treibe Preise nach oben. Über alle Flächen werde außerdem nochmals im Rahmen der öffentlichen Auslegung diskutiert werden können.

Ratscherr Roth verweist ebenfalls auf die Beratungen im Fachausschuss, wodurch der Flächennutzungsplan und der Landschaftsplan kurzfristig in einem formalen Beteiligungsverfahren auf den Weg gebracht worden sei. In diesem Verfahren könnten alle Bürgerinnen und Bürger Einsicht in die Ergebnisse nehmen und ggfls. Bedenken zu einzelnen Flächen äußern. Jetzt im Vorhinein einzelne Flächen per Ratsbeschluss heraus zu nehmen, halte er für falsch. Der Antrag könne aber nach Auffassung der Bündnis90/Die Grünen-Ratsfraktion durchaus mit in den Pool der Stellungnahmen und Änderungsvorschläge aufgenommen und deshalb auch in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke überwiesen werden.

Ratscherr Dr. Theuvsen teilt mit, dass auch die CDU/FDP-Gruppe dem Antrag nicht folgen werde. Einzelfallentscheidungen über ausgesuchte Flächen sollten grundsätzlich nicht getroffen werden. Man sei ebenfalls der Auffassung, dass der Schaffung von Wohnraum im Moment höchste Priorität eingeräumt werden müsse.

**Im Anschluss wird der Antrag auf Überweisung in den Ausschuss für Bauen, Planung und Grundstücke mehrheitlich abgelehnt.**

**Sodann wird der Antrag der Piraten-Ratsfraktion vom Rat mehrheitlich abgelehnt.**